

1976/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Reinhard Firlinger und Genossen vom 18. Februar 1997, Nr. 1990/J, betreffend geplante Schließung der Waldviertler Finanzämter, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 4.:

Von der Finanzverwaltung wird der gleiche Beitrag zur Budgetkonsolidierung gefordert, wie von den anderen Bereichen des Bundes. Es wird daher zu Personaleinsparungen kommen müssen, welche vor allem durch Nichtnachbesetzungen von "natürlichen" Abgängen (Pensionierungen, Austritte) erreicht werden sollen. Genaue Zahlen lassen sich derzeit nicht ermitteln, weil die zukünftige Struktur der Finanzverwaltung noch in Diskussion steht. Bei diesen Überlegungen kann das steuerliche Gesamtaufkommen aber sicherlich keine Rolle für Strukturmaßnahmen spielen.

In diesem Zusammenhang wird die Sicherung der Serviceleistung vor allem im Bereich der Arbeitnehmerveranlagung und der Familienbeihilfen für vornehmlich nicht durch Parteienvertreter unterstützte Steuerpflichtige ein wesentliches Entscheidungskriterium sein.

Zu 5. und 6.:

Wie schon erwähnt, sind derzeit die Überlegungen zur Neustrukturierung der Finanzverwaltung noch nicht abgeschlossen. Es ist aber selbstverständlich, daß alle in die Diskussion eingebrachten Vorschläge einer genauen Überprüfung auf ihre Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit unterzogen werden. Dabei ist zu beachten, daß beim strukturell für den Standort bedeutenden Parteienverkehr keine wesentlichen Änderungen eintreten.

Ich ersuche auch hier um Verständnis dafür, daß ich mich vor Abschluß dieser Prüfungen zu diesen Fragen nicht konkret äußern kann.